

„Abwegige und widersprüchliche Argumente“

Betrifft Artikel „SPD im Emsland befürwortet bzw. fordert Ausbau der E 233“

„Erneut zeigt sich in den Artikeln, mit welchen abwegigen und widersprüchlichen Argumenten für den sinnlosen Ausbau der E 233 gekämpft wird: Heute sind angeblich bis zu 20 000 Fahrzeuge täglich auf dieser Strecke unterwegs, der Prognose zufolge wird für 2025 mit 12 000 bis 36 900 Fahrzeugen täglich gerechnet, davon bis zu 12 000 Lkw. So wie bei den Ausbaukosten scheint auch hier die Glaskugel zum Einsatz gekommen zu sein. Mal (MT 4.2.13) ist die Ausbaustrecke 65,6 Kilometer lang, mal rund 83 km (MT 21.11.12).

Die emsländische Kreisvorsitzende Andrea Kötter hingegen kommt zur Sache: ‚Man ist gegenüber den Niederlanden in der Pflicht‘ und ‚es käme sicherlich bei unseren Nachbarn nicht gut an‘ belegen eindeutig, dass für sie die Interessen der eigenen Bevölkerung nicht von Bedeutung sind. Kurz vor dem Wahltag ein kleines Stückchen Schokolade – das war es dann.

Was kann man von einer Kreisvorsitzenden erwarten, die ‚fast wahnsinnig‘ wurde, weil sie ‚viele Kilometer‘ hinter einem Traktor herfahren musste. Welch eine Frechheit, wollte der Traktorfahrer etwa Frau Kötter zu ‚riskanten Überholmanövern benötigen‘, wie dies dem Herrn von der IHK auf dem Weg nach Lönningen zur Bürgerversammlung passierte? Dies

kann sich eine Kreisvorsitzende nicht bieten lassen und fordert ‚als nicht verhandelbar‘ den Ausbau der E 233. Wie unwichtig sind da die Belastungen für die [...] Bevölkerung gegenüber dem Wohlbefinden unserer SPD-Kreisvorsitzenden.

Geht es den Befürwortern in erster Linie um eine Erhöhung der Verkehrssicherheit, so wäre doch ein Transitverbot die kostengünstige Sofortlösung. Aber unser Kreistag entscheidet mehrheitlich – in Unkenntnis über den Inhalt eines Transitverbotes – dagegen. Dass das Verkehrsaufkommen schon heute Autobahnniveau haben soll, gehört wohl eher ins Fabelreich und ist nur eines der vielen Scheinargumente der Verwaltung für den Ausbau.

Wie wohltuend dagegen die Stellungnahme der Grünen, mit der Forderung nach Einführung eines Transitverbotes die Überprüfung des Ausbaus ergebnisoffen durchzuführen. Und genau dies könnte zum Beispiel Inhalt der Koalitionsverhandlungen werden. Sollte der Ausbau dann wider Erwarten tatsächlich zwingend notwendig werden, muss er ebenso zwingend in ausreichendem Abstand, d.h. mehrere Kilometer, zu den Ortsteilen und Wohngebieten geplant werden, damit hier keine Beeinträchtigungen durch Lärm und Feinstaub zu befürchten sind. Nur so kann die Politik eine Akzeptanz erwarten.“

Peter Bauer
Meppen